

Markus Wissen • Ulrich Brand*

Emanzipatorische Perspektiven im »Anthropozän« Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative¹



Zusammenfassung: Das wirkmächtige Anthropozän-Narrativ begreift die ökologische Krise als eine von Menschen gemachte. Dabei vernachlässigt es die herrschaftsförmige gesellschaftliche Vermittlung des menschlichen Einwirkens auf Natur. Es kann daher die Bearbeitung der ökologischen Krise nur als technologisch modernisierte Naturbeherrschung denken. Diese aber droht die ökologische Krise zu verschärfen und soziale Spaltungen zu vertiefen. Jüngere ökosozialistische Entwürfe warten mit alternativen Krisendiagnosen und -strategien auf. Sie bedürfen allerdings einer staats- und hegemonietheoretischen Fundierung und Einsichten aus der kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Schlagwörter: Anthropozän, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Ökosozialismus

Emancipatory Perspectives in the »Anthropocene« On the Limits of Green Capitalism and the Necessity of a Radical Alternative

Abstract: The powerful Anthropocene narrative understands the ecological crisis as caused by »humankind«. In doing so, it neglects the social intermediation of human impacts on nature, shaped by various forms of domination. Therefore, it can imagine the dealing with the ecological crisis only in terms of a technologically modernised mastery of nature. This form of crisis management threatens to aggravate the ecological crisis and to deepen social divisions. More recent ecosocialist concepts provide for alternative crisis diagnoses and strategies. They require, however, a foundation in state and hegemony theory and insights from the critical theory of social nature relations.

Keywords: Anthropocene, Social Nature Relations, Ecosocialism

* **Ulrich Brand**  arbeitet von September 2021 bis August 2022 als Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Universität Wien. | **Markus Wissen**  ist Redakteur der PROKLA und Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er lehrt und forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Es wird ungemütlich auf der Erde – nicht länger nur im globalen Süden, in dem ökologische Katastrophen fast schon zur Tagesordnung gehören, sondern auch im globalen Norden: Überflutungen, Trockenheit, Waldbrände oder Stürme sind Unterbrechungen, die unendliches Leid hervorrufen, Alltagsnormalitäten erschüttern und für selbstverständlich gehaltene, weil weitgehend im Unsichtbaren funktionierende Infrastrukturen außer Betrieb setzen. Dazu kommen enorme finanzielle Kosten und gesellschaftliche Arbeit, um das Zerstörte wiederherzustellen.

Viele sehen darin ein temporäres Phänomen. So wurden die Überschwemmungen, die im Sommer 2021 ganze Landstriche verwüsteten, als »Jahrhundertflut« bezeichnet. Solche Etikettierungen sowie die planerischen und baulichen Konsequenzen, die aus ihnen resultieren, werden der Dramatik der Situation nicht gerecht. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass es sich um Erscheinungsformen der Klimakrise handelt. Beim Hochwasser 2021 könnte die Abschwächung des Jetstream eine wichtige Rolle gespielt haben, in deren Folge Wetterfronten länger über einem bestimmten Gebiet verweilen (Witt 2021). Extremwetterereignisse, davon ist auszugehen und das dringt auch zunehmend ins gesellschaftliche Bewusstsein, werden sich weiter häufen. Die Klimakrise, die für viele Menschen im globalen Norden bisher vor allem in wissenschaftlichen Modellen existierte, wird zu einer prägenden Alltagserfahrung. Anders gesagt: Die Unterbrechung wird zur Normalität, der Ausnahme- zum Dauerzustand (anschaulich beschrieben in Staud/Reimer 2021). Wir erleben eine tiefe Krise des Krisenmanagements, und eine Rückkehr zur Normalität und Normalisierung »wird es nicht geben. Die Führungskräfte merken es selbst, sie werden von der Ungewissheit ihres eigenen Handelns eingeholt«, es kommt zu hektischen Gegenmaßnahmen (Demirović 2021: 58).

Was diese sich rasch verändernden Konstellationen genau bedeuten und was daraus politisch resultiert, ist noch unklar. Derzeit kursiert eine Reihe von Krisendeutungen, die jeweils unterschiedliche politische Implikationen haben. Zudem bilden sich soziale Kräfte und Kräftekonstellationen heraus, die verschiedene Formen der Krisenbearbeitung denkbar erscheinen lassen. Dem soll im Folgenden, angeregt durch Alex Demirovićs Arbeiten zur Theorie, Krisenhaftigkeit und Zeitdiagnose gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in vier Schritten nachgegangen werden: Erstens skizzieren wir die wirkmächtige Erzählung über das *Anthropozän* und das damit zusammenhängende grün-kapitalistische Krisenmanagement; zweitens arbeiten wir heraus, warum letzteres wenig problemadäquat und höchst fragil ist; drittens skizzieren wir mit Demirović einige Überlegungen zum Sozialismus aus der Perspektive

1 Wir danken Jakob Graf und Tobias Haas für ihre wertvollen Hinweise.

kritischer Gesellschaftstheorie; viertens schließlich setzen wir uns mit der jüngeren Ökosozialismus-Debatte auseinander.

Unser Ziel ist es, zur linken Positionsbestimmung in einer Krisensituation beizutragen, die durch den Ukraine-Krieg noch einmal verschärft worden ist.² Ökosozialistische Positionsbestimmungen sind in diesem Kontext wichtig. Sie erweitern den Raum des Denk- und Machbaren, der in grün-kapitalistischen Szenarien und Ansätzen viel zu eng abgesteckt wird. Allerdings, so unsere These, mangelt es ihnen bislang sowohl an einem angemessenen Verständnis des kapitalistischen Staates als auch an einer tragfähigen internationalistischen Perspektive. Zudem stellt sich die Frage, ob sich »(Öko-) Sozialismus« als Bezeichnung für eine hegemoniefähige und attraktive radikale Alternative tatsächlich eignet.

Anthropozän, grüner Kapitalismus und globales Krisenmanagement

Der Erzählung vom Anthropozän zufolge leben wir in einer neuen, vom Menschen dominierten geologischen Epoche. Durch Bergbau-Aktivitäten, Siedlungen, Atombomben-Abwürfe und -Tests, die Beeinflussung oder auch Zerstörung von Ökosystemen, den Klimawandel und andere Formen der Einwirkung auf Ökologie und Geologie ist die Menschheit selbst zu einer globalen geophysikalischen Kraft geworden (Crutzen 2002; Steffen u.a. 2011; kritisch Görg 2015). Der Beginn des Anthropozäns ist umstritten. Meist wird er auf die Mitte des 20. Jahrhunderts datiert, dem Zeitpunkt, an dem die sogenannte große Beschleunigung einsetzte, das heißt zahlreiche Indikatoren – Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt, ausländische Direktinvestitionen, Anzahl der Autos, Wasser- und Düngerverbrauch etc. – eine rasante Aufwärtstendenz zu zeigen begannen (Steffen u.a. 2011: 742). Es ist der Beginn jener Phase kapitalistischer Entwicklung, die in den kritischen Sozialwissenschaften als »Fordismus« bezeichnet wird (siehe etwa Hirsch/Roth 1986). Mit ihr setzten sich gesellschaftliche Naturverhältnisse durch, die sowohl von einer enormen Steigerung des Ressourcenverbrauchs und der Inanspruchnahme der Senken³ als auch von der Überzeugung geprägt waren, Natur (groß-) technologisch beherrschen zu können.

Der Anthropozän-Diskurs problematisiert die nicht-intendierten Folgen der fordistischen und postfordistischen Naturbeherrschung. Insofern steht er für ein reflexiveres Verständnis der Beziehungen zwischen Mensch und

2 Der Beitrag wurde im Wesentlichen vor Beginn des Ukraine-Krieges verfasst.

3 Senken sind Ökosysteme, die mehr an einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben, etwa Wälder im Fall von CO₂.

Natur. Gleichzeitig tendiert er jedoch dazu, zugunsten eines Kollektivsubjekts »Mensch« oder »Menschheit«, dessen Handeln als ursächlich für die ökologischen Veränderungen gesehen wird, über die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Weg ins Anthropozän geebnet haben, hinweg zu gehen und technokratischen sowie technologischen Formen der Krisenbearbeitung Vorschub zu leisten.

Im Unterschied zur These vom Kapitalozän (vgl. Altvater 2016; Moore 2016), die die Ursachen der ökologischen Krise im instrumentellen, den besonderen Qualitäten von Natur gegenüber gleichgültigen Formen kapitalistischen Wirtschaften verortet, wird die menschliche Natur als verantwortlich identifiziert: Das vorgeblich anthropologische Streben nach Naturbeherrschung und die daraus resultierenden technologischen Entwicklungen und Differenzierungsprozesse hätten uns geradewegs in die heutige Krisensituation geführt. Die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze werden auf diese Weise ontologisiert – so ließe sich Demirovićs Kritik an den soziologischen Modernisierungstheorien auf das Mensch-Natur-Verständnis im Anthropozän-Diskurs übertragen (Demirović 1997: 207).

Das hat Auswirkungen nicht nur auf den Krisenbegriff, sondern auch auf die Suche nach Auswegen aus der Krise. Wo ein gesellschaftlich nicht vermitteltes destruktives Einwirken »des Menschen« auf die Natur, eine anthropologische Tendenz zur Naturbeherrschung, als Krisenursache unterstellt wird, da liegt es nahe, nach (groß-)technischen Lösungen zu suchen oder über institutionelle Anreize zu individuellen oder organisationsbezogenen »Verhaltensänderungen« nachzudenken, um innerhalb der »planetaren Grenzen« (Rockström u.a. 2009) zu bleiben. »Nachhaltiges Management in der Ära des Anthropozäns«, so formuliert es Paul Crutzen, der zusammen mit Eugene F. Stoermer den Begriff des Anthropozäns in die Debatte eingebracht hat, »verfordert ein angemessenes menschliches Verhalten auf allen Ebenen und kann durchaus auch international akzeptierte, großmaßstäbliche Geoengineering-Projekte beinhalten, um beispielsweise das Klima zu »optimieren« (Crutzen 2002: 23, Übers. U.B./M.W.).

Die These vom Anthropozän schreibt geopolitisch dem westlich-modernen Wissen und den westlichen Akteur*innen eine privilegierte Position im »planetary stewardship« und bei der Lösung der Probleme zu. An Michel Foucault orientiert, diagnostizierte Timothy Luke (1999) bereits vor über 20 Jahren, dass sich innergesellschaftlich und international eine Form der »Öko-Gouvernementalität« (*environmentality*) herausbildet, eine Art öko-managerieller Macht-Wissens-Komplex, in dem staatliche und zivilgesellschaftliche Umweltschutzorganisationen, Unternehmen und wissenschaftliche Akteur*innen die Erde vermessen und kontrollieren. Heute manifestiert sich dies in dem

Versuch, Umweltprobleme umfassend und rational zu kalkulieren. Emissionen werden in CO₂-Äquivalenten dargestellt, komplexe Ökosysteme werden auf ihre Funktion als Kohlenstoffsinken reduziert. Diese von Camila Moreno u.a. (2015) als *carbon metrics* bezeichnete Abstraktion ist keineswegs nur eine neutrale Darstellungsform. Sie prägt vielmehr die Wahrnehmung von Umweltproblemen und steckt die Korridore ab, in denen nach Lösungen gesucht wird. Nicht selten resultiert sie in manageriellen staatlichen Politiken, die auf technologische und marktförmige Problembearbeitungen setzen und dabei alternative, auf die grundlegende ökologische Destruktivität der kapitalistischen Produktionsweise zielende Formen der Problemwahrnehmung und -bearbeitung marginalisieren.

Der Anthropozän-Diskurs und die mit ihm korrespondierende politische Perspektive eines globalen grün-kapitalistischen Umweltmanagements verbleiben somit im Paradigma der Naturbeherrschung – und gehen gleichzeitig darüber hinaus: Beherrscht werden sollen nicht mehr nur die menschliche und die außermenschliche Natur, sondern vor allem auch die Nebenfolgen, die bisherige Formen der Naturbeherrschung gezeitigt haben (vgl. Beck 1986; kritisch Görg 2003; Demirović 1991). Dazu sollen die technologischen Fähigkeiten kapitalistischer Gesellschaften gleichsam reflexiv gewendet und in den Dienst des Erhalts und der Reparatur von Natur gestellt werden.

In der Tat gibt es starke Kräfte, die genau in diese Richtung wirken. Sie zeigen sich in Projekten wie dem *European Green Deal* (Ryner 2021), einer deutlich wiederbelebten europäischen Industriepolitik (Europäische Kommission 2017, Überblick und Kritik in Eder/Schneider 2018) oder auch in den Plänen der deutschen »Ampel«-Koalition. Gesellschaftlich nehmen sie die Form grüner Kapitalfraktionen an, die längst keine zu vernachlässigende Größe mehr sind, sondern begonnen haben, industrielle Schlüsselsektoren wie die Autoindustrie zu dominieren. Abkommen wie der Klima-Vertrag von Paris 2015 oder die Beschlüsse der Klimakonferenz von Glasgow 2021 dienen der internationalen Koordinierung und Verbreitung grün-kapitalistischer Strategien sowie dem Interessenausgleich zwischen ihnen und den fossilistischen Bremsern.

Joel Wainwright und Geoff Mann (2020) bezeichnen die politische Gestalt des grünen Kapitalismus als »Klima-Leviathan«, als neue Form der Souveränität, »ausgeübt von einer Ansammlung von Mächten, die sich koordinieren, um »den Planeten zu retten« und festzulegen, welche Maßnahmen notwendig sind und wer und was im Interesse des Lebens auf der Erde geopfert werden muss.« (ebd.: 15, Übers. U.B./M.W.; vgl. auch Dimmel/Noll 2021) Deutlich wird in den Diskussionen und an den Strategien zur Bearbeitung der Klimakrise – und auch der Coronakrise – eine aufgewertete Rolle des Staates. Dieser soll nicht nur akut in der Krise stabilisieren, sondern auch über massive

öffentliche Investitionen, die sich für Private nicht lohnen, die Bedingungen der Krisenbearbeitung verbessern. Das führt nicht unbedingt zum vollständigen Bruch mit neoliberalen Dogmen, Strategien und den entsprechenden Kräfteverhältnissen (insbesondere der Dominanz des Finanzsektors), aber durchaus zu »post-neoliberalen« Veränderungen.

Die Fragilität des grün-kapitalistischen Krisenmanagements

Wir befinden uns, mit Antonio Gramsci gesprochen, in einer »Schwellenzeit«, einem *Interregnum* (Candeias 2011). Ein grüner Kapitalismus ist dabei eine denkbare post-neoliberale Formation, die im globalen Norden durchaus über hegemoniale Potenziale verfügt. Es könnte in den kapitalistischen Zentren zur Herausbildung einer gewissen makroökonomischen, politischen und sozialen Stabilität kommen (zu möglichen Kriterien vgl. Brand/Wissen 2013). Auf längere Sicht – und im Hinblick auf den globalen Süden auch kurzfristig – dürften jedoch die Probleme überwiegen, die dabei nicht gelöst oder sogar verschärft werden. Demirović (2012: 62) formulierte dazu bereits vor zehn Jahren die Erwartung: »Die Erfahrungen mit früheren Krisenlösungen des Kapitalismus lassen vermuten, dass diese Lösung zu einem neuen Niveau der Inwertsetzungs- und Verwertungsdynamik und einer Reproduktion der Krise auf höherer Stufenleiter führt. [...] Zu erwarten sind paradoxe Effekte: neue Maschinen, mehr Konsum und Abfall – mehr statt weniger Naturverbrauch.«

Die Fragilität einer grün-kapitalistischen Formation manifestiert sich in folgenden Problemen und Widersprüchen: *Erstens* steht und fällt das Vorhaben, die ökologische Krise mit kapitalistischen Mitteln in den Griff zu kriegen, mit der Möglichkeit, ökonomisches Wachstum absolut vom Ressourcenverbrauch und von der Nutzung natürlicher Senken zu entkoppeln. Vieles deutet darauf hin, dass diese Möglichkeit nicht existiert. Zwar lässt sich durchaus beobachten, dass es bezogen auf einzelne Länder und ökologische Belastungen zu absoluten Entkopplungen kommt (etwa bei der Gewässerverschmutzung oder bei den Treibhausgasemissionen). Allerdings kann das beispielsweise auch auf die Auslagerung von besonders energieintensiven industriellen Aktivitäten zurückzuführen sein, die die Bilanz des einen Landes zu Lasten anderer Länder schön. Und selbst wenn dem nicht so sein sollte, das heißt wenn die Steigerung der Öko-Effizienz in einem bestimmten Bereich nicht vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts überkompensiert oder von *Rebound*-Effekten konterkariert würde, gäbe es keinerlei Anzeichen für eine absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Naturzerstörung im globalen Maßstab (vgl. EEA 2021 und die Literaturübersicht bei Vadén u.a. 2020). Ein »metabolismusfreundlicher Re-

gulationsmodus der kapitalistischen Akkumulation« (Demirović 2012: 63) ist höchst unwahrscheinlich.

Zweitens droht sich international die Konkurrenz um kritische Rohstoffe zu verschärfen. Die Schaffung der Infrastrukturen und Produkte eines grünen Kapitalismus ist energie- und materialintensiv. Vor allem der Bedarf an Metallen wird erheblich zunehmen, wenn der Ausbau erneuerbarer Energien und der Elektro-Automobilität forciert wird (vgl. Reckordt 2019; Brunnengräber/Haas 2020). Das gilt umso mehr, je stärker industrielle Prozesse mithilfe von Wasserstoff dekarbonisiert und entsprechende mit grünem Strom betriebene Elektrolyse-Kapazitäten geschaffen werden. Kreislaufwirtschaftliche Strategien wie die der EU dürften den Bedarf an Materialien und Energie nur dann reduzieren, wenn sie mit einer generellen Problematisierung des Wirtschaftswachstums einhergingen. Das ist aber nicht der Fall. Was stattdessen geschieht, ist ein Aufbau grüner Infrastrukturen unter Konkurrenz- und Wachstumsbedingungen, der in den Rohstoff-exportierenden Ländern des globalen Südens fatale Folgen zeitigen dürfte (Isla 2021; European Environmental Bureau/Friends of the Earth Europe 2021). Insbesondere in Lateinamerika entwickelt sich eine Diskussion um einen sogenannten »grünen Extraktivismus«, die eben diese Konstellation in den weiterhin subaltern in den Weltmarkt integrierten Gesellschaften thematisiert. Der Ausbau der »grünen« und hochgradig digitalisierten Wirtschaft im globalen Norden greift auf Kupfer, Lithium und andere Rohstoffe verstärkt zu. Dazu kommen neue Formen der Inwertsetzung, etwa die großflächige Produktion von Windenergie, mittels derer Wasserstoff für den Export erzeugt wird (Dietz 2021). Die Kooperation, der der grüne Kapitalismus international bedarf, wird überlagert von einer zunehmenden Konkurrenz und öko-imperialen Rivalitäten.

Drittens sieht sich ein grün-kapitalistisches Krisenmanagement mit erstarkenden rechten Kräften konfrontiert, die die ökologische Krise und damit auch die Notwendigkeit eines Krisenmanagements entweder leugnen oder aber nationalistisch und rassistisch kodieren. Demnach gelte es etwa, die »heimischen Ressourcen« dadurch vor ihrer Übernutzung zu schützen, dass die Grenzen für Migrant*innen geschlossen werden (vgl. Brunnengräber 2019). Dabei dürften rechte Kräfte umso stärker reüssieren, je mehr die klimapolitischen Maßnahmen von grün-kapitalistischen Kräften als unausweichlich dargestellt werden und je mehr die Umsetzung der Maßnahmen zu sozialen Härten, etwa dem Verlust von Arbeitsplätzen, führt und die gesellschaftliche Ungleichheit verschärfen. Das wäre dann eine grüne TINA-Politik (*There is no alternative*), eine »Austeritäts-Ökologie« (Schaupp 2021).

Ob es dazu kommt, ist unklar. Aber zumindest gibt es Indizien, etwa die starken austeritätspolitischen Vorbehalte, die die FDP in den Vertrag der

Ampel-Koalition hineinverhandelt hat, oder die wettbewerbs- und fiskalpolitischen Restriktionen, denen die industriepolitische Strategie des *European Green Deal* unterliegt. Die Alternativlosigkeit, die der Neoliberalismus über Jahrzehnte hinweg propagiert hat, erhielt einen neuen, grünen Anstrich. Und erneut wären es nicht zuletzt (links-)liberale und sozialdemokratische Akteure, die eine solche Politik der (ökologischen) Sachzwänge exekutierten.

Das ist bereits im Hinblick auf die vorgeblichen ökonomischen Sachzwänge in den späten 1990er- und den 2000er-Jahren schiefgegangen, als die Sozialdemokratie des »dritten Weges« mit dem Vorhaben scheiterte, den Neoliberalismus mittels einer disziplinierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik abzusichern. Klassegegensätze wurden gelehnet bzw. technokratisch und mit *workfare*-Maßnahmen zu bearbeiten versucht. Gerade dadurch wurden *Klassenerfahrungen* für den Alltag einer wachsenden Zahl von Menschen – prekär Beschäftigten, Hartz-IV-Empfänger*innen, überlasteten Pflegekräften, Leiharbeiter*innen, aber zunehmend auch von Kernbelegschaften in Industrieunternehmen – immer prägender, ohne dabei einen progressiven politischen Ausdruck finden zu können (Dörre u.a. 2018; Sauer u.a. 2018). Die Rechte hat diese Konstellation politisiert und regressiv gewendet. Eine ähnlich technokratische Krisenpolitik, die den Raum des Politischen angesichts von ökologischen Sachzwängen begrenzt und Anpassungslasten ungleich verteilt – denken wir an die jüngsten Debatten über steigende Energie- und Lebensmittelpreise –, könnte erneut Wasser auf ihre Mühlen sein.

Viertens dürften die Protagonist*innen eines grünen Kapitalismus von jenen Kräften unter Rechtfertigungsdruck gesetzt werden, die erst die Voraussetzungen für die politische Möglichkeit eines ökologischen Umbaus geschaffen haben und die nun alles daran setzen werden, dieses Projekt über seine grün-kapitalistischen Begrenzungen hinauszutreiben. Dazu gehören die Klimagerechtigkeitsbewegung oder die Bewegung für eine ökologisch-solidarische Landwirtschaft, dazu gehören aber auch die diversen Protestbewegungen, die sich an vielen Orten der Welt für die Überwindung unterschiedlichster Herrschaftsverhältnisse einsetzen und deren Kämpfe auch einen ökologischen Gehalt haben. Wenn etwa in feministischen Kämpfen ein Ende patriarchaler Gewalt und eine Aufwertung von Care-Arbeit und sozialen Infrastrukturen gefordert wird, dann geht es dabei explizit oder implizit auch um andere gesellschaftliche Naturverhältnisse, nämlich solche, die den Reproduktionsnotwendigkeiten des menschlichen Körpers und seiner äußeren Natur Rechnung tragen (Arruzza u.a. 2019; Wichterich 2021). Ähnliches gilt für die Kämpfe von Landlosen oder Kleinbäuerinnen und -bauern, wie sie sich etwa in *La Vía Campesina* zusammengeschlossen haben. Häufig entzündeten sich diese Kämpfe an einer ungerechten Landverteilung. Resultieren sie

in Landreformen, dann kann damit einhergehen, eine ökologisch-destruktive industrielle Landwirtschaft zugunsten von vielfältigeren und nachhaltigeren kleinbäuerlichen Praktiken zurückzudrängen (Scheiterbauer 2017).

Fünftens ist es nicht zuletzt dem eingangs genannten disruptiven Charakter der Krise selbst geschuldet, dass sich diese weder von autoritären noch von grün-kapitalistischen Strategien einfach unter Kontrolle bringen lässt. Die Unmöglichkeit, die konkreten Erscheinungsformen der Krise vorherzusagen sowie zeitlich und räumlich zu lokalisieren, aber auch die zu erwartenden sozialen Verwerfungen machen jede Form der technokratischen und/oder autoritären Krisenbearbeitung zu einer höchst fragilen Angelegenheit (Demirović 2014). Wichtig ist zudem, dass gerade solche Ereignisse, die den Alltag von Menschen unterbrechen, solidarische Potenziale aktualisieren können. Dies zeigte sich jüngst in den westdeutschen Überflutungsregionen: Wo die lokalen Behörden häufig überfordert waren, entwickelten sich *bottom-up* solidarische Netzwerke, in denen Menschen sich gegenseitig unterstützten und mit dem in der Katastrophe Nötigen versorgten.⁴ Diese Erfahrungen systematisch auszuwerten, wäre lohnenswert. Zu fragen wäre, wie sich solidarische Strukturen auch im Hinblick auf kommende Katastrophen verstetigen ließen, inwieweit die in ihnen gemachten Erfahrungen den Blick der Beteiligten nicht nur auf die ökologische Krise sondern auch auf eine Gesellschaft, in der Rücksichtslosigkeit und Konkurrenz zuletzt bis in die Poren des Alltags eindringen, verändert haben und wo die Potenziale, aber auch die Grenzen, einer Politisierung in einem radikal-sozial-ökologischen Sinne liegen. Auch die Rolle, die öffentliche Akteur*innen wie Regierungen, staatliche Behörden oder Katastrophenschutz- und Gesundheitseinrichtungen in solchen dramatischen Situationen spielen, wäre genauer zu untersuchen.

Kritische Theorie und sozialistische Alternativen

Im Unterschied zu Denkfiguren wie »Anthropozän« oder »planetare Grenzen« beharren gesellschaftskritische Krisendiagnosen darauf, die ökologische Krise im Kontext sozialer Widersprüche zu begreifen, die, obwohl in ihrer Genese unabhängig von der Krise, von dieser verschärft werden (Görg 2016; Brand u.a. 2021). Aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorie stellt sich die ökologische Krise als eine Verdichtung von Widersprüchen dar. Diese ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass der »Kapitalismus [...] die gesellschaftlichen Produktivkräfte und den Reichtum derart und so einseitig entfaltet [hat], dass sie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht

⁴ Siehe Heft 2/2022 der Zeitschrift *Luxemburg* zur Klimafolgenanpassung.

beherrschbar sind« (Demirović 2012: 62). Folglich sind es die gesellschaftlichen Widersprüche, die in ihren ökologischen Implikationen zu begreifen und politisch anzugehen sind, ohne damit gleichwohl zu suggerieren, dass eine Überwindung etwa der kapitalistischen Produktionsweise automatisch zu weniger herrschaftsförmigen gesellschaftlichen Naturverhältnissen führte. Damit sind wir bei den ökologischen Potenzialen des Sozialismus beziehungsweise beim Ökosozialismus.

Sozialismus bedeutet für Demirović (2019: 11) zuvorderst, die bestehenden gesellschaftlichen »Verhältnisse zu vermeiden oder zu beseitigen, die so viele menschliche Opfer mit sich bringen oder erzeugen.« Ganz auf der Linie der öko-marxistischen und sozial-ökologischen Diskussionen seit den 1980er-Jahren betont Demirović, dass Marx selbst nicht der Proponent einer blinden Fortschrittsgläubigkeit, von Produktivkraftentwicklung um jeden Preis und damit zu Lasten der Natur sei, sondern es sich hier um ein Spezifikum der kapitalistischen wie auch der staatssozialistischen Produktionsweise handelt. Genau das muss kritisiert und überwunden werden. Den Ausgangspunkt für einen erneuerten Sozialismus bildet folgende Überlegung:

»Die Natur ist vergesellschaftet: Menschen greifen nicht mehr nur hier oder da in die Natur ein, sondern verfügen über den Planeten ebenso wie über das Leben auf ihm. Es gibt längst ein globales Wissen, das ein rationales und zukunftsfähiges Verhältnis zur Natur ermöglichen würde. Wissenschaften und Technologien sind so weit entwickelt, dass es schon lange möglich wäre, den gesamten Akkumulationsprozess anzuhalten und nach konkretem Bedarf selektiv von bestimmten Produkten oder Dienstleistungen eine bestimmte Menge zur Verfügung zu stellen.« (Demirović 2012: 62)

Ein grüner Sozialismus würde deshalb bedeuten, nicht nur die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisch und nicht-zerstörerisch zu organisieren, sondern auch am Projekt der Emanzipation festzuhalten. Zentral ist für Demirović dabei, dass es Gleichheit auch im Verhältnis zur Natur gibt: im Zugang zu den Lebensmitteln, in der Betroffenheit von möglichen negativen Konsequenzen der Naturaneignung, bei der (zumindest in den OECD-Ländern notwendigen) Absenkung des Skalenniveaus von Produktion, Distribution und Konsum. Natürlich werden Menschen auch künftig unterschiedlich leben (wollen) und Natur muss weiterhin angeeignet werden. Ein ökosozialistisches Kriterium wäre hier, Unterschiede möglichst auszugleichen, »ökologische Nachteile« für Menschen – etwa bei der Lage des Wohnortes – zu minimieren, Schäden an der Natur gering zu halten und sie, sofern möglich, zu reparieren.

In einer sozialistischen Gesellschaft würden Bedarfe, Technologien, Infrastrukturen, Investitionen, Forschung und Entwicklung oder die Orte von Betrieben in Bezug auf Produktion und Konsum zum Gegenstand demokratischer Entscheidungen, wobei auch stoffliche und energetische Kriterien berücksichtigt werden. Entscheidungen müssen, falls ihre negativen Implikationen erst später sichtbar werden, rückgängig gemacht werden können. Radikale Demokratie und Ökologie können sich gegenseitig bedingen: Nur wenn Gesellschaften ihre Naturverhältnisse rational gestalten, bewahren sie sich jene Entscheidungsoffenheit, auf die demokratische Prozesse angewiesen sind – andernfalls laufen sie Gefahr, dass die Rechte und Handlungsspielräume künftiger Generationen durch die Folgen heutiger Entscheidungen eingeschränkt werden. Umgekehrt schaffen erst demokratische Prozesse die notwendigen Bedingungen dafür, dass politische Entscheidungen ökologisch nachhaltig ausfallen – autoritären Systemen mangelt es an der dafür nötigen Reflexivität, die erst durch demokratische Deliberation hergestellt wird, und liberale Demokratien schotten Entscheidungen, die hohe sozial-ökologische Kosten produzieren und diese in Raum und Zeit verlagern, gegenüber demokratischen Verfahren ab (vgl. Demirović 1991: 445). Insofern »könnte eine Strategie zur Lösung ökologischer Probleme selbst zu einer demokratischen Transformation der kapitalistischen in vergesellschaftete und den kollektiven Willensbildungsprozessen unterworfenen Produktionsverhältnisse beitragen« (ebd.: 446).

Sozialismus unterscheidet sich vom Kapitalismus wesentlich dadurch, dass zumindest ansatzweise eine Art gesellschaftlicher Rationalität hergestellt werden kann (Demirović 2019: 13). Im Kapitalismus gibt es diese nicht, es findet keine Koordinierung der vielfältigen Interessen und der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung statt. In einer sozialistischen Gesellschaft dagegen werden Entscheidungen tendenziell »aufgrund freier Einsicht, höchstem Erkenntnisniveau und der Beteiligung der Vielen getroffen« (ebd.: 14).

Schließlich betont Demirović die Kontingenz der Geschichte und ihre ergebnishaften und kaum planbaren Umschlagpunkte. Es geht also nicht um eine zeitliche Abfolge kontinuierlicher Reformen oder einen radikalen, revolutionären Bruch, bei dem »am Tag danach« viele Probleme nicht weg wären (Demirović 2014: 429ff.). Auch radikale Veränderungen sind immer ungewiss.

Demirović nimmt in seinen Arbeiten zur Ökologie vor allem die Destruktivität und Widersprüchlichkeit kapitalistischer Naturverhältnisse in den Blick. Implizit leuchtet er damit die blinden Stellen der Anthropozän-Debatte aus, identifiziert Ausgangspunkte einer sozialistischen Alternative und skizziert deren Horizonte. Entscheidend ist für ihn eine Demokratisierung von Produktion und Reproduktion: Es geht darum, so heißt es im »Nachtrag« zu einem

Wiederabdruck seines PROKLA-Aufsatzes von 1991 im Buch *Demokratie und Herrschaft*, »die gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Disposition kollektiver Entscheidungen zu machen« (Demirović 1997: 200). Was das genau bedeutet, bleibt offen. In der strategischen Ausrichtung sind Demirovićs Beiträge nur wenig konkret. Auch auf sie trifft die Kritik von Hans Thie (2013) zu, dass es an positiven Darstellungen von Alternativen mangelt und dass dies ein zentrales Defizit der Linken ist.

Die jüngere Ökosozialismus-Debatte

In jüngerer Zeit ist eine Reihe von Versuchen unternommen worden, diese Lücke zu füllen und die Konturen eines nachhaltigen, grünen oder Öko-Sozialismus als Alternative zum sich immer krisenhafter entfaltenden Kapitalismus zu umreißen.⁵ Sie gehen von der Annahme aus, dass emanzipatorische Bewegungen, aber auch Menschen und Organisationen in ihren Alltagshandlungen, Orientierungen in Gestalt von gesellschaftlichen Gegenentwürfen brauchen. Es bedarf der Leitideen, »die eine für das ökologische Zeitalter passende Eingriffstiefe formulieren« (Thie 2013: 63) und der Erzählungen, »die den Veränderungswillen stärken, weil er dann mit gedanklicher Gewissheit auftreten kann.« (Ebd.:121)

Wir können die einzelnen Beiträge und ihre wichtigen Überlegungen zu demokratischer Planung, Vergesellschaftung, Wirtschaftsdemokratie oder der Neuorganisation von Arbeit an dieser Stelle nicht hinreichend würdigen. Stattdessen beschränken wir uns darauf, fünf Linien zu identifizieren, entlang derer die Diskussion zu führen wäre, um in einer sich zuspitzenden ökologischen Krise sowohl analytisch als auch strategisch weiterzukommen. Unsere Überlegungen sind inspiriert von der kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, zu der neben Alex Demirović vor allem auch Christoph Görg (2003) beigetragen hat.

Erstens wäre die hegemoniale Verfasstheit der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise genauer in den Blick zu nehmen. Dies ist ein zentrales Anliegen der Arbeiten zu den gesellschaftlichen Naturverhältnissen und unserer eigenen, daran anschließenden Arbeit zur imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017). In der Ökosozialismus-Debatte wird es jedoch weniger verfolgt. So ist etwa in Christian Zellers (2020) ökosozialistischem Entwurf viel von Unterdrückten und Ausgebeuteten die Rede, aber wenig von den für viele Menschen attraktiven Anteilen des Kapitalismus, seinen Kon-

5 Verwiesen sei unter anderem auf die Beiträge von Arruzza u.a. 2019, Kern (2019), Dörre (2021), Klein (2013), Riexinger (2020), Thie (2013), Zelik (2020) und Zeller (2020).

sensmechanismen. Gewerkschaften und Klimabewegung stehen bei Zeller dem Kapital und seinem Staat gegenüber. Das zentrale Problem scheint im fehlenden Bewusstsein der Menschen und den das Kapital privilegierenden Kräfteverhältnissen zu liegen, die eben durch mehr Bewusstsein und Selbstermächtigung zu verändern seien. Es geht um den immer wieder konstatierten »Bruch« mit den Verhältnissen, doch es bleibt wenig Raum für Ambivalenzen und Kontingenzen.

Diese wären zunächst auf der Ebene des Staates zu identifizieren. Auch wenn der Staat die kapitalistischen Produktionsverhältnisse absichert, schreiben sich in ihn gesellschaftliche Widersprüche ein. Unterschiedliche staatliche Apparate konkurrieren miteinander, Spaltungen durchziehen das staatliche Personal. Der Staat lässt sich deshalb weder einfach für die Interessen von Einzelkapitalen noch für emanzipatorische Anliegen in Dienst nehmen. Er muss in seiner Eigenschaft als Akteur *und* als herrschaftsförmiges Konfliktterrain begriffen werden, um sowohl die Chancen einer Demokratisierung seiner Institutionen als auch deren strukturelle Grenzen einschätzen zu können (vgl. Poulantzas 2002; Hirsch 2005; Jessop 1990; Sauer 2001). Auf einer analytischen Ebene finden sich diese Einsichten unter Verweis auf die materialistische Staatstheorie auch bei ökosozialistischen Ansätzen wie dem von Zeller (2020: 193ff.). Allerdings gehen sie nicht in dessen strategische Schlussfolgerungen ein. Hier setzt Zeller ganz darauf, dass sich eine »Situation der Doppelmacht« herausbildet, in der die in Räten organisierte gesellschaftliche Selbstverwaltung zunächst den Staat und das Kapital delegitimiert und sodann den Bruch mit diesen herbeiführt (ebd.: 201f.).

Nimmt man dagegen die Erkenntnisse einer an Nicos Poulantzas, Joachim Hirsch, Birgit Sauer und Bob Jessop anschließenden materialistischen Staatstheorie auch strategisch ernst, dann ergeben sich andere Schlussfolgerungen (vgl. Zelik 2020: 302ff.): Es ginge darum, die oppositionellen Kerne zu identifizieren, die in den Staatsapparaten selbst eine demokratisierende Wirkung entfalten könnten. Dabei wäre in Rechnung zu stellen, dass sich die »den Praktiken des staatlichen Personals inhärenten Grenzen [...] nur unter der *Bedingung einer radikalen Transformation*« des materiellen Gerüsts des Staates verschieben lassen (Poulantzas 2002: 188). Dies setzt voraus, dass sich emanzipatorische soziale Bewegungen mit den institutionellen Kämpfen innerhalb der Staatsapparate verbinden. Erforderlich wäre dafür eine Strategie des »radikalen Reformismus« (Hirsch 2005: 229ff.), die in konkreten Reformen grundlegende, das heißt über die herrschende Produktions- und Lebensweise hinausreichende Veränderungen vorwegnimmt, indem sie unmittelbare Verbesserungen für die Vielen mit der Öffnung neuer Denk- und Handlungshorizonte verbindet. Das ist eine ebenso notwendige wie voraussetzungsreiche Strategie:

»Die Schwierigkeit besteht darin, Politik in Bezug auf den Staat und das bestehende politische System zu machen ohne selbst etatistische Politik- und Verhaltensformen zu übernehmen. [...] Das setzt vor allem politische Selbstorganisation und das Praktizieren eines Politikbegriffs voraus, der sich von dem herrschenden grundsätzlich unterscheidet. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine wirksame Einflussnahme auf die politischen Prozesse in den Staatsapparaten überhaupt möglich.« (Ebd.: 232f.)

Dies scheint uns auch von Klaus Dörre (2021) zu wenig reflektiert zu werden. Dessen wichtiger »Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution« löst die Ambivalenzen im Verhältnis zwischen Staat und sozialistischer Bewegung in die umgekehrte Richtung auf wie Zeller. Wenn Dörre etwa schreibt, der Staat könne »auch schon unter kapitalistischen Bedingungen etwas, was der demokratischen Zivilgesellschaft jenseits des Kernstaates nicht möglich ist«, nämlich »verbindliche Maßstäbe zu definieren, die für die Gesellschaft einen Wahrheitsgehalt besitzen und Verständigung ermöglichen« (Dörre 2021: 217), dann ist das sicherlich zutreffend. Sein Zusatz »diese Funktion geht der Herrschaftsausübung voraus« verkennt jedoch den Charakter des kapitalistischen Staates als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses und damit die konstitutive Herrschaftsförmigkeit, die auch die Staatsfunktionen prägt. Die Strategien bleiben staatsreformistisch; das Spezifische einer ökosozialistischen Staatlichkeit wird nicht deutlich (Brie 2021).

Zweitens wären auch mit Blick auf die Alltagsverhältnisse die Ambivalenzen stärker herauszuarbeiten, als dies in weiten Teilen der Vorschläge für einen Ökosozialismus geschieht. Darin sind sich verändernde Subjektivitäten, Alltagspraktiken und Lebensweisen oft eine Leerstelle. Feministische, anti-rassistische und post-koloniale Perspektiven spielen analytisch und politisch-strategisch kaum eine Rolle. Mitunter scheint es so, als passten sich die Lebensweisen mehr oder weniger funktional an eine sich transformierende Produktionsweise an. Der Sozialismus wird nach und nach »habitualisiert« (Dörre 2021: 118, siehe auch 149, 225). Der hegemoniale Charakter der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise gerät dabei kaum in den Blick, die alltäglich-molekulare Dimension von Transformationsprozessen bleibt im Dunkeln.

Dieter Klein (2013) setzt hier einen Gegenakzent, wenn er dafür plädiert, einen »kühnen Bogen zwischen den elementarsten Vorwärts-Bedürfnissen, die im Gegenwartigen schlummern, und der Vision von Wegen und Zielen ihrer Verwirklichung zu schlagen. [...] Aufzuspüren, welche Lebensfragen im Dasein der Menschheit zu Antworten drängen und geahnte Antworten dem Unausgesprochenen zu entreißen, das könnte den Inhalt einer moder-

nen linken Erzählung ergeben.« (ebd.: 61f.) Das Interessante an Kleins Skizze ist, dass sie an den konkreten Lebensverhältnissen, den emanzipatorischen, gleichwohl widersprüchlichen Praxen und Wünschen der Menschen ansetzt. Dafür angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen, ist Aufgabe linker Politik auf der Höhe der Zeit.⁶

Drittens wäre in der aktuellen ökosozialistischen Diskussion – anknüpfend an Analysen, wie sie im Rahmen des Konzepts gesellschaftlicher Naturverhältnisse vorgelegt wurden (etwa Brand u.a. 2008) – die internationale Dimension systematischer zu berücksichtigen. Auf der deskriptiven und der analytischen Ebene werden die dynamischen Prozesse der kapitalistischen Globalisierung, die damit einhergehende zunehmende strukturelle Macht des Kapitals, die soziale Polarisierung und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen im globalen Süden zwar durchaus benannt. Aber in den politisch-strategischen Überlegungen spielen sie noch zu wenig eine Rolle. Der politische Raum für ökosozialistische Strategien scheint vor allem Deutschland, maximal EU-Europa zu sein. Wenn es um globale politische Alternativen oder gar Utopien geht, dann gehen die Verweise kaum über die notwendige materielle Rückverteilung von reicheren in ärmere Länder, Lieferkettengesetze oder eine globale Mindeststeuer für Unternehmen hinaus. Offen bleibt, wie die systemisch wirkenden Weltmarktimperative und geopolitischen Konkurrenzen zurückgedrängt oder die autoritär-wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der Europäischen Union überwunden werden könnte. Aber auch die Reduktion der immensen bio-physischen Stoffströme, die den globalen Kapitalismus und seine imperiale Lebensweise am Laufen halten, wäre in den Blick zu nehmen und politisch-strategisch anzugehen.

Viertens geht es um den analytischen und politischen Gebrauchswert des Sozialismus-Begriffs selbst: Obwohl wir diesen in unserem Text immer wieder verwenden, sind wir uns unsicher, ob und inwieweit er sich dazu eignet, emanzipatorische Kämpfe zueinander in Beziehung zu setzen und sie strategisch zu orientieren (siehe dagegen Candeias 2019). Unsere Skepsis ist nicht nur den vielen und teilweise katastrophalen Irrtümern früherer sozialistischer oder sich sozialistisch nennender Bewegungen und Gesellschaftsentwürfe geschuldet. Sie nährt sich auch aus der Beobachtung, dass sich viel

6 Micha Brie (2021: 16) weist in diesem Zusammenhang auf einen wichtigen Aspekt hin: »Die Linke ist meines Erachtens gut beraten, nicht die Katastrophen ins Zentrum zu rücken, zu denen ein Weiter-So führt, auch nicht eine behauptete Unfähigkeit des Kapitalismus, diese oder jene Frage und sei es die eines neuen Naturverhältnisses dauerhaft zu bearbeiten. Die Linke sollte geistig, moralisch und vor allem praktisch zeigen, dass sozialistische Antworten auf die heutigen Krisen um ein Vielfaches ethisch, ästhetisch, als Lebensangebote und Gestaltungsräume denen des Kapitalismus überlegen sind.«

versprechende sozial-ökologische Bewegungen heute kaum positiv auf den Sozialismus-Begriff beziehen und ihn etwa für Richtungsforderungen und alternative Konzepte fruchtbar machen würden. Zudem fällt auf, dass die Texte, die in jüngerer Zeit im deutschsprachigen Raum zum Ökosozialismus veröffentlicht wurden, alle von Männern geschrieben wurden. Feministische Autor*innen und Bewegungen scheinen sich demgegenüber eher zurückhaltend auf »Sozialismus« zu beziehen.⁷ Sie arbeiten stärker mit Konzepten wie *Care*, in denen nicht-herrschaftsförmige Beziehungen zwischen Menschen (und Natur) viel unmittelbarer zum Ausdruck kommen und die auf die Ermächtigung jener zielen, »deren bezahlte und unbezahlte Arbeit die Welt in Gang hält« (Arruzza u.a. 2019: 17). Gerade deshalb sind sie in der Lage, den kapitalistischen Kern der Probleme zu identifizieren, Wege aus der Krise zu skizzieren und Voraussetzungen für die dazu nötigen Allianzen aufzuzeigen.

Jenseits der Begriffswahl gibt es inhaltlich aber durchaus Überschneidungen. So besteht etwa weitgehend Einigkeit im Hinblick auf die Zentralität der Eigentumsfrage und die Notwendigkeit, die Ökonomie vom Standpunkt der Sorge aus zu denken und zu gestalten. Vor allem der Sozialismus-Entwurf von Raul Zelik trägt dem Rechnung:

»Während der Sozialismus des 20. Jahrhunderts den Effizienzbegriff der kapitalistischen Gesellschaften übernahm und sich somit nur auf bereits verlegten Gleisen bewegen konnte, müsste ein neuer, grüner Sozialismus ›Ökonomie‹ in erster Linie als Sorge um Leben, Mensch und Gemeinschaft verstehen.« (Zelik 2020: 239)

Der für den Sozialismus so zentrale Begriff der Arbeiter*innenklasse würde dadurch in einem feministischen, ökologischen und antirassistischen Sinne neu definiert. Damit verschwänden nicht die Interessengegensätze innerhalb der Klasse, allerdings würde das Terrain ihrer Aushandlung anders abgesteckt: Es ginge um die Frage, wie die Infrastrukturen und Tätigkeiten der Daseinsvorsorge in einer sozial ebenso wie ökologisch universalisierbaren Art und Weise gestaltet werden könnten (instruktive Beispiele im Bereich öffentlicher Nahverkehr bei Brie/Dellheim 2020). Arbeit selbst würde vom Standpunkt der Reproduktion aus neu bewertet und konzipiert, und die Arbeiter*innen wären nicht länger nur Arbeitsplatzbesitzer*innen, sondern träten in all ihren Lebensbezügen in Erscheinung.

Fünftens wären die sich in den kommenden Jahren wohl rasch verschlechternden bio-physischen Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens

7 Anders in der internationalen Debatte. Siehe Brownhill u.a. (2022), Arruzza u.a. (2019: 63ff.).

in Transformationskonflikten, aber auch in konkreten Politiken – etwa von linken Regierungen – stärker zu berücksichtigen. Dabei wird eben dies – also die Reparatur von Schäden und der Umgang mit Zerstörungen – eine zentrale Herausforderung einer ökosozialistischen Politik sein. Wie Demirović (2012: 63) bereits vor zehn Jahren formulierte, wird jede »emanzipatorische Lebensweise [...] erst einmal Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte mit der Bewältigung der ökologischen Schäden zu tun haben, die die kapitalistischen und staatssozialistischen Modernisierungsprojekte hinterlassen haben.« Der Begriff des Anthropozäns vermittelt davon nur eine vage Vorstellung, weil er erst einmal nicht zwischen zerstörerischen und reflexiven Formen menschlicher Einwirkung auf Natur unterscheidet. Eben dies leistet aber eine kritische Theorie der ökologischen Krise, die damit gleichzeitig dazu beitragen kann, die Kämpfe für weniger herrschaftsförmige gesellschaftliche Naturverhältnisse zu orientieren.

Literatur

- Altwater, Elmar (2016): *The Capitalocene, Or, Geoeengineering against Capitalism's Planetary Boundaries*. In: Moore, Jason W. (Hg.): *Anthropocene or Capitalocene?* Oakland: 138–152.
- Arruzza, Cinzia / Bhattacharya, Tithi / Fraser, Nancy (2019): *Feminismus für die 99%*. Ein Manifest. Berlin.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.
- Brand, Ulrich / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim / Wissen, Markus (2008): *Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains*. London/New York. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203928509>.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2013): »Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen«. In: Atzmüller, Roland u.a. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. Münster: 132–148.
- (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Menschen und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Brie, Michael (2021): *Utopischer Überschuss und nüchterne Analyse. Zu Klaus Dörres Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*. In: *Sozialismus* Nr. 12: 14–18.
- / Dellheim, Judith (Hg.) (2020): *Nulltarif. Luxus des öffentlichen im Verkehr: Widersprüchlicher Fortschritt einer Idee im ÖPNV*. Hamburg.
- Brownhill, Leigh / Engel-Di Mauro, Salvatore / Terran, Giacomini / Isla, Anna / Löwy, Michael / Turner, Terisa E. (Hg.): *The Routledge Handbook on Ecosocialism*. London/New York.
- Brunnengräber, Achim / Haas, Tobias (Hg.) (2020): *Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität*. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839451656>.
- Candeias, Mario (2011): *Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise*. In: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hg.): *VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: 45–61.
- (2019): *Was tun und wo anfangen? 11-Punkte-Plan für einen neuen Sozialismus*. In: *Lu-Xemburg* Nr 3: 54–63.
- Crutzen, Paul J. (2002): *Geology of mankind*. In: *Nature* 415: 23. DOI: <https://doi.org/10.1038/415023a>.

- Demirović, Alex (1991): Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. In: PROKLA 84 21(3): 443-460. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v21i84.1138>.
- (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.
 - (2012): Marx grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. In: LuXemburg Nr 3: 60-70.
 - (2014): Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation. In: Brie, Michael (Hg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: 419-435.
 - (2019): Konkrete Dystopie. Warum wir die Zukunft dem Kapitalverhältnis entreißen müssen. In: LuXemburg Nr 3: 10-17.
 - (2021): Out of joint. Wie die gesellschaftliche Entwicklung in Zeiten der Pandemie begreifen? In: Demirović, Alex u.a. (Hg.): Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Hamburg: 45-65.
 - / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845221038>.
- Dietz, Kristina (2021): Kämpfe um Natur in Lateinamerika. In: Das Argument 337 63(2): 178-188.
- Dimmel, Nikolaus/Noll, Alfred J. (2021): Aussichten auf den Öko-Leviathan? Wien.
- (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin.
- Dörre, Klaus / Bose, Sophie / Lütten, John / Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie 28(1-2): 55-89. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z>.
- Eder, Julia / Schneider, Etienne (2018): Progressive Industrial Policy – A Remedy for Europe!? In: Journal für Entwicklungspolitik 34(3/4): 108-142. DOI: <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-34-3-108>.
- EEA (European Environment Agency) (2020): Growth without economic growth. Briefing. URL: <https://www.eea.europa.eu/>, Zugriff: 15.2.2022.
- Europäische Kommission (2017): Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie. Eine neue Strategie für die Industriepolitik der EU. Brüssel.
- European Environmental Bureau/Friends of the Earth Europe (2021): »Green mining« is a myth: the case for cutting EU resource consumption. Brüssel. URL: <https://eeb.org/>, Zugriff: 2.2.2022.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster.
- (2015): Anthropozän. In: Bauriedl, Sybille (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: 29-36.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg.
- Isla, Ana (2021): »Greening,« the Highest Stage of Extractivism in Latin America. In: Brownhill, Leigh u.a. (Hg.): The Routledge Handbook on Ecosocialism. London/New York: 67-80. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780429341427-8>.
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their Place. Pennsylvania.
- Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. Zürich.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im heute. Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Hamburg.
- Luke, Timothy (1999): Environmentality as Green Governmentality. In: Darier, Eric (Hg.): Discourses of the Environment. Oxford: 121-151.

- Moore, Jason W. (2016): Anthropocene or Capitalocene? In: Moore, Jason W. (Hg.): *Anthropocene or Capitalocene? Nature, History, and the Crisis of Capitalism*. Oakland: 1-11.
- Moreno, Camila / Speich Chassé, Daniel / Fuhr, Lili (2015): *Carbon Metrics. Global abstractions and ecological epistemicid*. Heinrich Böll Foundation, Publication Series Ecology, Vol. 42. Berlin.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Reckordt, Michael (2019): Dasselbe in Grün. Weltweiter Ressourcenverbrauch und -abbau. In: *Politische Ökologie* 37: 46-52.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können*. Hamburg.
- Rockström, Johan u.a. (2009): A safe operating space for humanity. In: *Nature* 461: 472-475. DOI: <https://doi.org/10.1038/461472a>.
- Ryner, Magnus (2021): *Passive Revolution/Silent Revolution: Europe's Recovery Plan, the Green Deal, and the German Question*. Helsinki Centre for Global Political Economy Working Paper, 05/2021. URL: <https://www2.helsinki.fi/>, Zugriff: 15.2.2022.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt/M./New York.
- Sauer, Dieter / Stöger, Ursula / Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Müller, Bernhard (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg.
- Smith, Tone (2021): Wie radikal ist der Green New Deal? In: *PROKLA* 202 51(1): 9-30. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1928>.
- Schaupp, Simon (2021): Das Ende des fossilen Klassenkompromisses. Die Gelbwestenbewegung als ökologischer Konflikt des »Hinterlands«. In: *PROKLA* 204 51(3): 435-453. <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i204.1954>.
- Scheiterbauer, Tanja (2017): *Revolutionen und Revolten in Nordafrika revisited. Die Bedeutung der Kämpfe gegen die Inwertsetzung von Land und Wasser für die jüngsten Umbrüche in Ägypten und Tunesien*. In: *PROKLA* 189 47(4): 587-603. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.58>.
- Staud, Toralf / Reimer, Nick (2021): *Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird*. Köln.
- Thie, Hans (2013): *Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*. Hamburg.
- Vadén, T. u.a. (2020): Decoupling for ecological sustainability: A categorisation and review of research literature. In: *Environmental Science & Policy* 112: 236-244. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2020.06.016>.
- Wainwright, Joel / Mann, Geoff (2020): *Climate Leviathan. A political theory of our planetary future*. London/New York.
- Wichterich, Christa (2021): Covid-19, Care und die Krise als Chance. Zur Aktualisierung des Konzepts der imperialen Lebensweise. In: *PROKLA* 205 51(4): 755-766. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i205.1969>.
- Witt, Uwe (2021): *Der Klimawandel ist angekommen*. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 15.2.2022.
- Wright, Erik Olin (2017): *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Frankfurt/M.
- Zelik, Raul (2020): *Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus*. Berlin.
- Zeller, Christian (2020): *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*. München.